

Länder fordern ein Einwanderungsgesetz

BERLIN (rabu) - Die Länder fordern ein Einwanderungsgesetz für Deutschland und wollen die Integrationskurse für alle Flüchtlinge öffnen. Das geht aus Beschlussvorlagen für die Integrationsministerkonferenz am Donnerstag und Freitag in Friedrichshafen hervor, die der „Schwäbischen Zeitung“ vorliegen. „Es besteht die Notwendigkeit, die Rahmenbedingungen für Einwanderung attraktiver zu gestalten, insbesondere damit gut ausgebildete Menschen in die Bundesrepublik einwandern“, heißt es in einem Antrag von Rheinland-Pfalz, der nach Angaben aus Verhandlungskreisen bei der Konferenz voraussichtlich eine große Mehrheit erhalten wird. „Es gilt, die Bestimmungen über die Arbeitsmigration zu reformieren und transparent zu gestalten.“ Es müssten legale Einwanderungsmöglichkeiten im Rahmen gestueter Zuwanderung geschaffen werden. Dabei liege es nun an der Bundesregierung, aktiv zu werden.

Ein Antrag Niedersachsens, der bislang von neun weiteren Ländern unterstützt wird, sieht die Öffnung der Integrationskurse für alle Asylbewerber und für Geduldete mit nachrangigem Arbeitsmarktzugang vor. „Bisher wird ein Personenkreis, von dem einige später ihren Aufenthaltsstatus verfestigen und ihr Leben in Deutschland verbringen werden, zum Teil über Jahre von der staatlich bereitgestellten Möglichkeit des Erwerbs der deutschen Sprache ausgeschlossen“, heißt es in der Vorlage.

Zahl des Tages

1,5

Millionen

regelmäßige Tafel-Nutzer gibt es in Deutschland, teile der Bundesverband Deutsche Tafel mit.

Kurz berichtet

Zentrum zur Koordinierung von Abschiebungen startet

BERLIN (epd) - Bund und Länder haben das Startzeichen für ihr Zentrum zur Koordinierung von Abschiebungen gegeben. Das Zentrum mit Sitz in Berlin soll dazu beitragen, dass es mehr Rückführungen abgelehnter Asylbewerber gibt. Dazu sollen Experten aus Bund und Ländern sich unter anderem um die Beschaffung von Passpapieren kümmern und Identitäten klären. Auch die Bearbeitung besonderer Einzelfälle, etwa im Fall von Gefährdungen oder Intensivtätoren, soll in dem neuen Zentrum erfolgen.

Deutschland verfehlt Ziel bei Verteidigungsausgaben

BRÜSSEL (dpa) - Die Verteidigungsausgaben der Nato-Staaten steigen - aber bei Weitem nicht genug, um die Forderungen des US-Präsidenten Donald Trump zu erfüllen. Wie aus dem Jahresbericht der Nato hervorgeht, kamen Länder wie Deutschland dem Zwei-Prozent-Ziel 2016 kaum näher. Dieses sieht vor, dass alle Bündnisstaaten bis 2024 mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Verteidigung ausgeben. Neben den USA erreichten nur Griechenland, Estland, Großbritannien und Polen das Ziel. Deutschland liegt trotz steigender Ausgaben nur bei 1,2 Prozent (2015: 1,18 Prozent).

Weise zum Fall Amri: Mangelnder Datenaustausch

DÜSSELDORF (dpa) - Der Fall des Attentäters vom Berliner Weihnachtsmarkt, Anis Amri, hat Probleme beim europäischen und innerdeutschen Datenaustausch offenbart. Das haben der Chef des Bundeskriminalamts, Holger Münch, und der Ex-Chef des Bundesamts für Flüchtlinge (BAMF), Frank-Jürgen Weise, als Zeugen im Untersuchungsausschuss des NRW-Landtags zu Protokoll gegeben. So habe die Eurodac-Anfrage bei Amri keinen Treffer ergeben, obwohl er in Italien strafällig geworden sein soll, sagte Weise.

Von Ruth van Doornik

MÜNCHEN/AMSTERDAM - Er will Moscheen und den Koran verbieten. Bei der Wahl an diesem Mittwoch könnte die einwanderungsfeindliche Partei für die Freiheit (PVV) von Islam-Hasser Geert Wilders zweitstärkste Kraft im niederländischen Parlament werden.

Wenn in der Familie von Cynthia und Tom Mentari über den Politiker Geert Wilders gesprochen wird, kann die Stimmung beim Sonntagessen schnell kippen. Denn ihre Enkel wollen dem 53-Jährigen und seiner PVV bei der niederländischen Parlamentswahl ihre Stimme geben. Für die Großeltern, die während des Unabhängigkeitskrieges 1948 aus der ehemaligen niederländischen Kolonie Indonesien flüchten mussten und in Amsterdam eine neue Heimat fanden, unfassbar. „Sie vergessen ihre eigenen Wurzeln. Auch wir waren hier einst die Fremden“, sagt die 87-Jährige mit einem Kopfschütteln.

Geert Wilders entzweit derzeit nicht nur Familien. Der Rechtspopulist versetzt das ganze Land in Aufruhr und Europa in Hab-Acht-Stellung: Denn der Wahl am 15. März wird nach dem Brexit-Referendum in Großbritannien und dem Einzug Donald Trumps ins Weiße Haus Signalwirkung für die anstehenden Urnengänge in Frankreich und Deutschland zugeschrieben. Schneidet der EU-Gegner im liberalen Holland so gut ab wie in Umfragen prophezeit, könnte das der rechten Partei Front National in Frankreich und auch der AfD weiteren Rückenwind geben.

Seit zwölf Jahren Personenschutz Wilders, der bereits wegen Diskriminierung und Beleidigung verurteilt wurde, schreckt verbal vor nichts zurück: Marokkaner bezeichnet er als „Abschaum“, den Koran vergleicht er mit Hitlers „Mein Kampf“. Er verunglimpft politische Gegner, hetzt gegen Journalisten, verbreitet Fake News und zielt mit seinen Tweets gerne unter die Gürtellinie. Wegen seiner Islam-Kritik hat der Populist seit zwölf Jahren rund um die Uhr Personenschutz. Morddrohungen sind sein Alltag.

Auf Stimmfängerschaft der Sohn einer indonesisch-niederländischen Mutter mit simplen Parolen. Gerade mal eine Din-A4-Seite umfasst Wilders Wahlprogramm mit dem Titel „Wir wollen die Niederlande wiederhaben“. Sein Ziel: „Die Ent-Islamisierung des Königreiches“. Dafür will Wilders unter anderem den Koran und Moscheen verbieten, die Grenzen dichtmachen, Asylzentren schließen sowie Einwanderern aus islamischen Ländern die Einreise verweigern. Wie er seine Forderungen konkret umsetzen will? Dazu schweigt er. Doch die insgesamt elf stichpunktartigen Forderungen zeigen: Der groß gewachsene, ultrarechte Politiker hat mehr als nur seine blonde Tolle mit Donald Trump gemein.

Gerade diese Nähe zum US-Präsidenten könnte aber jetzt zur Schwäche des mit einer ungarischen Diplo-

Wilders entzweit die Niederlande

Anhänger der PVV des Rechtspopulisten finden sich in allen Bevölkerungsschichten



Sieht sich als Mann des Volkes: Geert Wilders von der einwanderungsfeindlichen Partei für die Freiheit. FOTO: AFP

matin verheirateten Limburgers werden. Denn die meisten Niederländer finden den Trumps Politikstil sowie seine verbalen Entgleisungen kaum zum Aushalten. Führt Wilders PVV die Umfragen bis vor Kurzem noch an, so ist sein Vorsprung auf die rechtsliberale VVD von Premierminister Mark Rutte kurz vor der Wahl kontinuierlich gesunken. „Die chaotische, schlecht ausgearbeitete Politik von Trump ist wohl für viele eine Warnung, und vor Politikverdrossen-

heit nicht denselben Fehler zu machen wie die USA“, sagt die 18-jährige Schülerin Annemieke Muilder aus Heemstede, die am Mittwoch zum ersten Mal wählen wird.

PVV-Anhänger finden sich in allen Bevölkerungsschichten in den Niederlanden - nicht nur in stagnierenden Industriegebieten oder auf dem Land. Dass Wilders und seine Einmann-Partei so populär werden konnte, ist nicht allein mit der Angst vor Terrorismus durch Islamisten und der Flüchtlingsproblematik zu

erklären. Es ist auch die Enttäuschung der Bürger von der politischen Elite.

Eric de Voss wählt aus Frust Wilders. „Ich bin Handwerker und in verschiedenen Gegenden unterwegs. In den letzten 20 Jahren hat sich mehr verschlechtert als verbessert“, so der 37-Jährige. „Meine Stimme für Wilders ist eine Stimme gegen das Establishment in Den Haag“, sagt er. Zum „einfachen Bürger“ hätten die etablierten Parteien den Draht verloren.

Wilders, der seit Jahren gegen die Eliten hetzt, sich als Mann des Volkes

präsentiert und auch auf Themen wie Rente, Arbeit und Soziales setzt, könnte reihenweise die Stimmen enttäuschter Bürger einkassieren. Trotzdem: Selbst wenn die PVV stärkste Kraft im Parlament wird, von einer Regierungsbildung bleibt er weit entfernt. Denn kaum eine der 28 Parteien, die sich auf die 150 Sitze der Zweiten Kammer bewerben, will mit ihm koalieren. Umfragen sehen die PVV bei rund 20 Sitzen.

Klar ist aber, dass Ruttes Volkspartei für Freiheit und Demokratie (VVD) und sein sozialdemokratischer Koalitionspartner, die Partei der Arbeit (PvdA), mit herben Verlusten rechnen müssen. Momentan liegt die VVD knapp vor der PVV. Viele Wähler sind noch unentschieden. Kleine Parteien, wie GroenLinks unter ihrem neuen Spitzenkandidaten Jesse Klaver, könnten durch den Zerfall der alten Parteien enorm dazugewinnen. Und da es keine Sperrklausel gibt, haben bislang 14 Parteien Aussicht auf mindestens ein Mandat.

Zersplitterung droht

So treibt die etablierten Parteien auch die Sorge vor einer drohenden Zersplitterung und Unregierbarkeit um. Richtige Volksparteien gibt es in den Niederlanden schon lange nicht mehr. Um die nötigen 76 Sitze für eine Regierungsmehrheit zusammenzubekommen, sind nach Umfragen mindestens vier Parteien nötig. Lange Koalitionsverhandlungen sind denkbar.

Viele Niederländer wollen darum strategisch wählen und ihre Stimme der VVD geben. „Eigentlich wollte ich die sozialliberale Partei D66 wählen, aber ich sehe Wilders als Bedrohung und damit er nicht zu groß wird, gebe ich wohl Rutte meine Stimme. Froh bin ich darüber nicht“, sagt Annemieke Muilder. „Aber ich will nicht, dass ein Rassist in unserem Land Macht bekommt.“

THEMA des Tages

Interview

„Die Sanktionen der Türkei könnten uns wehtun“

Niederländischer Politikexperte Adriaan Schout über die Folgen des türkisch-niederländischen Streits

RAVENSBURG - Der Konflikt zwischen den Niederlanden und der Türkei eskaliert. Ministerpräsident Mark Rutte will sich für das Verbot von Wahlauflagen der türkischen Politiker in seinem Land nicht entschuldigen. Die Türkei wirft den Niederlanden „neofaschistische Praktiken“ vor. Alexei Makartsev sprach über den Streit mit dem Politologen Adriaan Schout (Bild: pr) vom Clingendael-Institut für Internationale Beziehungen in Den Haag.

War es richtig von Ihrer Regierung, die Wahlkampfauftritte türkischer Regierungsmitglieder in den Niederlanden zu verbieten? Es wäre möglich gewesen, diese Konfrontation zu vermeiden. Es liefen Verhandlungen mit der Türkei, dann hörte aber unsere Regierung in den Medien die Drohungen mit den Wirtschaftssanktionen und die Äußerungen der türkischen Führung, dass wir

ein Nazi-Land seien. Die Provokationen der türkischen Seite wogen so schwer, dass man die türkischen Minister stoppen wollte. Es gab außerdem Sorgen über die öffentliche Sicherheit in Rotterdam, aber die türkische Regierung ignorierte sie.

Fiel die Entscheidung von Ministerpräsident Rutte auch wegen der Wahl am Mittwoch so hart aus?

Nein, die Wahl spielte vielleicht eine geringere Rolle, als es viele glauben. Die Regierung hätte angesichts dieser Provokationen zu einem anderen Zeitpunkt wohl nicht anders gehandelt. Aber ihre Entscheidung könnte tatsächlich Folgen bei der Wahl haben. Das politische Kräfte könnten vom Streit mit der Türkei profitieren: Geert Wilders und die Partei der türkischen Minderheit, DENK.

Die Türkei hat harte Gegenmaßnahmen angekündigt. Wie könnte

das aussehen? Die Türkei hat angekündigt, den Import von Blumen und Lebensmitteln zu stoppen. Wenn die Niederländer auf diese Weise angegriffen werden, dann werden wir uns mit Gegenmaßnahmen schwer tun, weil Handel zu EU-Kompetenzen zählt. Ich frage mich, wie die EU reagieren wird, wenn die Solidarität ihrer Mitglieder auf eine Probe gestellt ist.



Wie wird die Wahl am Mittwoch die Niederlande verändern? Die größte Veränderung wird die politische Stabilität betreffen. Es wird schwierig sein, eine stabile Regierung zu bilden. Ich erwarte aber keinen großen politischen Kurswechsel.

Werden die Niederlande jetzt alle Wahlkampfauftritte von türkischen Politikern verbieten?

Nein. Wir finden Meinungsfreiheit

weiterhin wichtig. Aber es wird immer Überlegungen geben, wo solche Auftritte stattfinden könnten und welche Sicherheitsmaßnahmen dafür notwendig wären. Die Veranstalter müssten dann entscheiden, ob sie das akzeptieren oder nicht.

Wie wird die Wahl am Mittwoch die Niederlande verändern? Die größte Veränderung wird die politische Stabilität betreffen. Es wird schwierig sein, eine stabile Regierung zu bilden. Ich erwarte aber keinen großen politischen Kurswechsel.

Wird die Wahl eine Signalwirkung für Europa haben?

Die Parteien der Mitte werden die Wahl gewinnen. Sie wollen in der EU bleiben. Darum wird es keinen großen Effekt für Europa geben, ganz anders als bei den Wahlen in Frankreich und Deutschland: Sie werden mehr Einfluss auf den EU-Kurs haben.

Bundesregierung unterstützt Niederlande im Türkei-Streit

Diskussion um mögliche Auftritte türkischer Politiker in Deutschland gewinnt an Schärfe

Von Tobias Schmidt und dpa

BERLIN - Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat sich hinter Den Haag gestellt und die Attacke aus Ankara zurückgewiesen: „Die Niederlande haben meine volle Unterstützung und Solidarität.“ Nazi-Vergleiche würden, „völlig in die Irre führen“. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan hatte nach den Nazi-Vorwürfen gegen Deutschland auch niederländische Politiker als „Nazi-Überbleibsel“ bezeichnet, weil sie seine Minister nicht einreisen ließen.

Erdogan hat Merkel zudem die „Unterstützung von Terroristen“ vorgeworfen. „Frau Merkel, warum verstecken Sie Terroristen in Ihrem Land? Warum tun Sie nichts?“, sagte er am Montag in einem Interview. Am Abend entzog die Türkei niederländischen Diplomaten die Landeerlaubnis. Der Luftverkehr für Maschinen mit Diplomaten aus dem



Aufgebrachte Türken protestieren vor der Botschaft der Niederlande in Berlin. FOTO: MGAO

Land sei ab sofort gesperrt, sagte der stellvertretende Ministerpräsident Numan Kurtulmus. Gespräche auf höherer Ebene würden zudem bis auf weiteres ausgesetzt. Der niederländische Botschafter, der sich zurzeit im Ausland aufhalte, dürfe vorerst nicht in die Türkei zurückkehren. Die Euro-

päische Union und die Nato appellieren an alle Seiten, deeskalierend zu wirken. SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz stufte die Krise in den Beziehungen Ankaras zu einzelnen EU-Ländern als „dramatisch“ ein und warf Erdogan vor, aus Wahlkampftaktik internationale Beziehungen zu beschädigen.

„Die Bundesregierung muss endlich ihre falsche Zurückhaltung gegenüber der Erdogan-Türkei aufgeben“, forderte FDP-Chef Christian Lindner im Gespräch mit der „Schwäbischen Zeitung“. „Bis zum Referendum in vier Wochen darf es keine weiteren Wahlkampfauftritte von türkischen Regierungsvertretern mehr geben. Sonst wälzt Merkel die Verantwortung wie bei der Flüchtlingskrise auf die Städte und Gemeinden ab.“

Kanzlerlehrtseher Peter Altmaier (CDU) lehnte hingegen ein Verbot ab: Eine starke Demokratie könne es sich

leisten, Menschen das Wort zu erteilen, mit deren Ansichten man nicht übereinstimme. „Ich sage auch mit aller Deutlichkeit, das ist kein Freibrief. Wir werden die Situation genau beobachten und wir behalten uns die entsprechenden Entscheidungen vor.“ Nach Angaben des Auswärtigen Amtes planen allerdings weder Erdogan selbst noch einer seiner Minister hierzulande für die Verfassungsreform zu werben, über die am 16. April abgestimmt wird.

„Beide Seiten sind zu hart“, sagte der türkische Oppositionspolitiker und Ex-Kulturminister Ercan Karakas von der sozialdemokratischen CHP im Gespräch mit der „Schwäbischen Zeitung“. Die Wahl in den Niederlanden führe zu den verhärteten Fronten. „Ich hoffe, dass sich die Lage ab Mittwoch wieder beruhigt.“ Ein generelles Auftrittsverbot für türkische Politiker in Deutschland lehnte der CHP-Politiker ab.

Kein Zugang zu Yücel

BERLIN (dpa) - Auch zwei Wochen nach der Inhaftierung des deutsch-türkischen Journalisten Deniz Yücel in Istanbul hat die deutsche Botschaft keinen direkten Kontakt zu dem Inhaftierten.

Das Auswärtige Amt hatte die türkischen Behörden nach der Inhaftierung um die Möglichkeit der konsularischen Betreuung gebeten. Sie sei bis heute nicht gewährt worden, obwohl der türkische Ministerpräsident Binali Yıldırım sie Bundeskanzlerin Angela Merkel persönlich zugesagt habe, sagte ein Sprecher des Auswärtigen Amtes. „Wir haben einige Mühe, diese Zusage in die Wirklichkeit umzusetzen zu bekommen. Das ist ärgerlich.“ Bei der konsularischen Betreuung geht es vor allem darum, angemessene Haftbedingungen sicherzustellen. Die Türkei ist nicht dazu verpflichtet, sie zu gewähren, weil der „Welt“-Korrespondent Yücel nicht nur deutscher, sondern auch türkischer Staatsbürger ist.